

## 75. Kammerversammlung der Landeszahnärztekammer Sachsen am 23. März 2024

---

Beschluss: zu TOP 6.4

Betreff: Resolution Ausbildungsinitiative

Politik muss Ausbildung und Fachkräftesicherung  
in der zahnärztlichen Versorgung stärken

Antragsteller: Vorstand

### Wortlaut des Beschlusses:

Die Kammerversammlung der Landeszahnärztekammer Sachsen fordert alle politisch Verantwortlichen auf, ihrer Verantwortung für die Gewinnung und Sicherung von Fachkräften im zahnmedizinischen Bereich nachzukommen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Sachsen gewährleistet bleibt. Den wachsenden Mangel an Zahnärztinnen und Zahnärzten sowie qualifiziertem zahnmedizinischen Fachpersonal kann die Zahnärzteschaft nicht allein abwenden. Es ist eine prioritäre Aufgabe der Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik in Bund und Ländern.

Die Kammerversammlung der Landeszahnärztekammer Sachsen fordert die Politik daher auf, zur Sicherung einer ausreichenden Zahl an Fachkräften in der zahnmedizinischen Versorgung unverzüglich eine Ausbildungsinitiative zu starten. Dafür werden insbesondere folgende Maßnahmen als erforderlich erachtet:

- **Förderung der Vorbereitungszeit** für die vertragszahnärztliche Tätigkeit als Voraussetzung für eine Tätigkeit im Rahmen der vertragszahnärztlichen Versorgung sowie der fachzahnärztlichen Weiterbildung;
- **Förderung der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen** für Zahnmedizinische Fachangestellte;
- **finanzielle Entlastung der Studierenden** in Form von Ausbildungsbeihilfen o. ä., da das Studium der Zahnmedizin aufgrund der zu beschaffenden Instrumente und Materialien sehr kostenintensiv ist;

- Schaffung der strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für die **Erhöhung der Anzahl an Studienplätzen im Fach Zahnmedizin an den Hochschulen und Universitäten der neuen Bundesländer** um 25 Prozent;
- **Erhöhung des Umfangs der Vorabquoten** für die Zulassung zum Studium im Hinblick auf die **Einführung einer Landzahnarztquote** analog zu den bereits etablierten Landarztquoten;

Die Landesregierung von Sachsen wird darüber hinaus konkret aufgefordert:

- zur **Einführung einer Landzahnarztquote** im Zahnmedizinstudium an den Universitäten Dresden und Leipzig;
- zur Entwicklung von **landeseigenen Förderprogrammen** zur Unterstützung der zahnärztlichen Aus- und Weiterbildung sowie der Niederlassung im Austausch mit KZV und LZK Sachsen;
- zur Auflage oder mindestens Bezuschussung von **Nachwuchs- bzw. Image-Kampagnen** für den zahnmedizinischen Bereich durch das Land Sachsen.

Die wohnortnahe, qualitativ hochwertige Versorgung der Bevölkerung ist in Sachsen aufgrund des ungebremsten Rückgangs an berufstätigen Zahnärztinnen und Zahnärzten und des Fachkräftemangels im zahnärztlichen Bereich akut gefährdet.

Neupatienten können – oftmals aus geschlossenen Praxen hervorgegangen – aufgrund fehlender Kapazitäten und akuter Überlastung der Zahnärztinnen und Zahnärzte nicht mehr aufgenommen oder zeitnah behandelt werden. Stetig wachsende bürokratische Lasten, eine verbesserungswürdige Telematik-Infrastruktur, überbordende Dokumentationspflichten, anlassfreie Begehungen und der Fachkräftemangel verschärfen die Unzufriedenheit in den Zahnarztpraxen und belasten die zur Verfügung stehenden Mittel für die Patientenversorgung, welche ohnehin als angespannt zu betrachten sind.

Die Politik muss umgehend ein Maßnahmenpaket entwickeln. Ein erster wichtiger Schritt ist die Einführung der Landzahnarztquote.

Die Bundes- und die Landesregierung werden nachdrücklich aufgefordert, im Sinne der Daseinsvorsorge ihrer Verantwortung für die Fachkräftesicherung und -gewinnung gerecht zu werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag:	mehrheitlich
Gegen den Antrag:	0
Enthaltungen:	1